

## Zippert zappt

Immer mehr Politiker fordern ein Ende der Maskenpflicht. Es fragt sich jedoch, ob das wünschenswert ist. Abgesehen von gesundheitlichen Aspekten, gibt es erhebliche ästhetische Vorbehalte. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass die Masken für eine Verschönerung des Stadtbilds gesorgt haben. Sie bedecken einen bei vielen Menschen problematischen Teil des Gesichts. Dadurch bleibt anderen ein unerfreulicher Anblick erspart, es wurde aber auch eine Demokratisierung der Visagen erreicht. Eine wohlgeformte Nase und ein schöner Mund verschaffen vielen Menschen unverdiente Vorteile und rufen bei weniger begünstigten Mitbürgern Neid und Minderwertigkeitsgefühle hervor. Die Maske macht alle ein wenig gleicher, sorgt für gerecht verteilte abstehende Ohren und schützt vor dem Mundgeruch des Gegenübers. Darüber hinaus lassen sich „Querdenker“ besser erkennen. Das sollte man nicht aufgeben, nur weil Wolfgang Kubicki das will. Ein Ende der Maskenpflicht kommt höchstens in Dunkelkammern, unbeleuchteten Unterführungen oder im Nachttierhaus infrage.



Das Komitee zum Schutz von Journalisten (CPJ) hat die ungarischen Behörden dazu aufgefordert, juristische Schikanen gegen die Journalistin Júlia Halász einzustellen und neue Gesetze zum Schutz der Meinungsfreiheit auf den Weg zu bringen. Halász, die für die unabhängige Nachrichtenseite „444“ arbeitet, war am 12. November 2020 von einem Gericht in Budapest wegen „Diffamierung“ verurteilt worden. Ein Berufungsgericht hatte das Urteil zuletzt bestätigt. Zwar muss Halász weder eine Geldstrafe leisten noch eine Gefängnisstrafe antreten. Durch einen entsprechenden Aktenvermerk soll sie von den Behörden jedoch für bis zu drei Jahre als „vorbestraft“ geführt werden.

In einem Telefonat mit CPJ-Vertretern gab Halász zuletzt an, sie habe erneut Berufung gegen das Urteil eingelegt, sei jedoch bislang nicht über einen Verhandlungstermin informiert worden. Die Vorwürfe gegen die Journalistin stammen aus dem Jahr 2017. Damals veröffentlichte Halász einen Artikel, in dem sie einen Budapest-Beamten der Fidesz-Partei beschuldigte, sie auf einer Party belästigt zu haben und dabei auch handgreiflich geworden zu sein.

In Kooperation mit REPORTER OHNE GRENZEN

## DAX

Leicht im Minus

Seite 15

Dax	Euro	Dow Jones
Schluss	EZB-Kurs	17.45 Uhr
15.673,64	1,2112	34.276,42
Punkte	US-\$	Punkte
-0,13%	-0,11%	+0,59%

Diskutieren Sie mit uns auf Facebook: facebook.com/welt  
Wir twittern live aus dem Newsroom: twitter.com/welt

DIE WELT digital  
Lesen Sie DIE WELT digital auf allen Geräten – unter edition.welt.de, auf Smartphone oder Tablet. Attraktive Angebote finden Sie auf welt.de/digital oder auch mit den neuesten Tablets auf welt.de/bundle.



## Es kann losgehen

Ihr Zustandekommen gleicht einem Wunder: Israels neue Regierung besteht aus acht Parteien – darunter erstmals eine islamistisch-arabische – von weit rechts bis links und hat im Parlament nur eine einzige Stimme Mehrheit. Erstmals nach

zwölf Jahren heißt der Premier nicht Benjamin Netanjahu. Naftali Bennett (vorn links neben Präsident Reuven Rivlin) soll das Regierungsbündnis für zwei Jahre führen, bevor Jair Lapid (vorn rechts), der Architekt der Koalition, übernimmt.

# Nato sieht China nun als einen strategischen Rivalen

US-Präsident Biden warnt bei Gipfeltreffen vor „neuen Herausforderungen“ durch Peking und Moskau. Das Beistandsversprechen sei für sein Land eine „heilige Pflicht“. Allianz will keinen neuen kalten Krieg

Das nordatlantische Verteidigungsbündnis sieht neben Russland zunehmend auch China als strategischen Rivalen und versucht, den globalen Einfluss der neuen Großmacht unter Kontrolle zu halten. Bei ihrem Gipfel am Montag mahnten die 30 Mitgliedstaaten die Führung in Peking zum Dialog und forderten Transparenz mit Blick auf das wachsende Atomarsenal des Landes. Ein Gegner oder Feind sei China aber nicht, stellte Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg klar. Das Verhältnis zu Moskau sieht Stoltenberg hingegen auf einem Tiefpunkt.

Nach den heftigen Turbulenzen mit dem früheren US-Präsidenten Donald Trump sieht sich das nordatlantische Verteidigungsbündnis wieder geeint, zumal Trumps Nachfolger Joe Biden ein feierliches Bekenntnis zur Allianz und zur Beistandspflicht für Europa ablegte. Das sei für die USA eine „heilige Pflicht“, sagte Biden in Brüssel. „Ich will ganz Europa wissen lassen, dass die Vereinigten Staaten da sind.“ Die Verteidigungsallianz sei von „entscheidender Bedeutung“

für die Interessen der USA. „Wenn es sie nicht gäbe, müssten wir so etwas erfinden“, sagte Biden und widersprach damit seinem Amtsvorgänger, der die Nato als „obsolet“ bezeichnet hatte.

Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) lobte die geplante Überarbeitung des Nato-Strategiekonzepts als wichtigen Beitrag zum künftigen Umgang mit Russland und China. „Ich unterstütze die Absicht, dass ein neues strategisches Konzept erarbeitet wird, das dann die Herausforderungen noch einmal klar beschreibt und die Reaktionen der Nato“, sagte die Kanzlerin in Brüssel. Im bisherigen Strategiekonzept von 2010 wird China in keinem Wort erwähnt. Das neue soll 2022 fertig sein.

Neben Russland und China waren der laufende Nato-Abzug aus Afghanistan sowie Cyberattacken, Desinformation, der Klimaschutz und mögliche Konflikte im Weltraum Thema beim Gipfel. Zudem ging es nach Merkels Worten um die Zusammenarbeit mit der Ukraine und Georgien sowie den Umgang mit Belarus, „wo die Menschenrechte ja mit Füßen getreten werden“.

Im besonderen Fokus stand jedoch erstmals China. „Chinas erklärte Ambitionen und selbstbewusstes Verhalten stellen systemische Herausforderungen für die regelbasierte internationale Ordnung und relevante Bereiche der Sicherheit der Allianz dar“, heißt es in der Gipfel-

erklärung. Zudem wird darin kritisiert, dass China sein nukleares Waffenarsenal schnell erweitere, seine Truppen auf undurchsichtige Weise modernisiere und mit Russland militärisch zusammenarbeite. „China rückt näher an uns heran“, sagte Stoltenberg. Es liege auf der Hand, „dass China unsere Werte nicht teilt“. Die Nato bekundet aber Interesse an einem konstruktiven Dialog. Erstmals erwähnt wird in der Abschlusserklärung auch der Klimawandel und deren Folgen für Einsätze sowie die Emissionen klimaschädlicher Gase durch das Militär.

Treibende Kraft hinter der neuen Linie der Nato zur Volksrepublik ist Biden. Er sieht das Land als den einzigen Konkurrenten, der eine nachhaltige Herausforderung für ein stabiles und offenes internationales System sein könnte. Stoltenberg sagte aber: „Wir treten nicht in einen neuen kalten Krieg ein.“ Ganz ähnlich formulierte es der britische Premierminister Boris Johnson: Das westliche Bündnis wolle keinen „neuen kalten Krieg“ mit China. Merkel sagte, China sei Rivale, aber auch Partner in vielen Fragen.

### Ukraine will Klarheit über möglichen Beitritt

Der ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyj fordert von der Nato Klarheit über eine Mitgliedschaft seines Landes in der Allianz. Dazu wolle er von US-Präsident Joe Biden ein deutliches Ja oder Nein hören, sagte Selenskyj. Ein Treffen mit ihm mit Präsident Wladimir Putin werde von russischer Seite ohne Begründung verhindert, sagte Selenskyj. Die meisten russischen Truppen an der Grenze zur Ukraine seien trotz der Ankündigung eines Abzugs noch dort stationiert.

Seiten 2, 6

# Begehrter digitaler Impfnachweis

Apotheken berichten über hohe Nachfrage. US-Pharmakonzern Novavax meldet Erfolge bei Entwicklung seines Corona-Vakzins

In Tausenden Apotheken haben sich am Montag bundesweit Menschen einen digitalen Corona-Impfnachweis besorgt. Zwei Drittel der Apotheken bieten den Service für vollständig gegen das Coronavirus Geimpfte an. Für die Bürger ist er kostenlos. Am Vormittag kam es in einigen Regionen zu technischen Problemen und Überlastungen von Servern. Die Anbieter sprachen aber insgesamt von einem gelungenen Start und rieten den Menschen, sich nicht alle sofort einen digitalen Impfnachweis zu holen. Mehr als 13.000 Apotheken bieten die Leistung an, wie der Vorsitzende des Deutschen Apothekerverbands (DAV), Thomas Dittrich, sagte. Verbände aus den Bundesländern meldeten eine hohe Nachfrage, vereinzelt bildeten sich demnach kleine Warteschlangen. Auf dem Online-Portal

„mein-apothekenmanager.de“, wo man teilnehmende Apotheken abrufen kann, kam es laut Dittrich zu einer „extrem hohen Nachfrage“. Phasenweise war das Portal am Vormittag nicht zu erreichen. Aus mehreren Bundesländern meldeten Apotheken zunächst auch Probleme beim Zugriff auf den Server, die im Tagesverlauf aber behoben waren.

Der digitale Nachweis ist eine freiwillige Ergänzung des weiter gültigen gelben Impfhafes aus Papier. Deutschland setzt damit ein Vorhaben der Europäischen Union um. Dafür wurden einheitliche Details eines Zertifikats vereinbart, mit dem man Impfungen, Tests und überstandene Covid-19-Erkrankungen nachweisen kann. Die App soll als Beleg bei gelockerten Corona-Beschränkungen eingesetzt werden können und zur Sommerferienzeit Reisen

in Europa erleichtern. Der digitale Nachweis sei komfortabel, einfach und sicher, betonte Dittrich.

Mittlerweile sind nach Angaben des Robert-Koch-Instituts rund 21,8 Millionen Menschen in Deutschland vollständig geimpft – mehr als ein Viertel der Bevölkerung. Bei den über 60-Jährigen hat etwa die Hälfte der Menschen den vollen Impfschutz, wie Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) schrieb. Eine erste Impfung haben 48,4 Prozent (40,2 Millionen Menschen) hinter sich, bei den über 60-Jährigen sind es laut Spahn 80 Prozent.

Unterdessen gibt es Hoffnung auf einen weiteren Impfstoff im Kampf gegen die Pandemie. Das Vakzin von Novavax schützt nach Angaben des US-Pharmakonzerns gut gegen das Virus und seine Varianten. Es sei zu etwa 90 Prozent wirksam und laut

vorläufigen Daten sicher, teilte das Unternehmen mit. An einer Studie zur Wirksamkeit waren fast 30.000 Menschen in den USA und Mexiko beteiligt. Bis Ende September würden Anträge auf eine Zulassung unter anderem in den USA und Europa gestellt, erklärte der Konzern. Bis dahin sei eine Produktion von 100 Millionen Dosen pro Monat möglich. Der Impfstoff von Novavax ist leicht zu transportieren und zu lagern, weshalb damit gerechnet wird, dass er eine wichtige Rolle für Impfkampagnen in den Entwicklungsländern spielen wird.

Angesichts der Fortschritte bei den Impfungen und der sinkenden Neuinfektionszahlen mehrten sich die Forderungen nach einer Lockerung der Maskenpflicht.

Siehe Kommentar und Seite 4

## KOMMENTAR

# Masken für die Mündigen

OLAF GERSEMANN

Die Maske ist, neben dem gezeichneten Virus, das Symbol der Pandemie schlechthin. Der Umgang mit ihr wird hierzulande auf immer erinnern an die fortgesetzte Überforderung des Staates in der Krise: Erst vom RKI höchstselbst als unnütz deklariert, wurden Beschaffung und Bereitstellung der FFP2-Variante zur kostspieligen Farce. Mit dem bizarren Höhepunkt, dass Gutscheine mit Bundesadleraufdruck versehentlich zuhauf auf ein Kleinkinder und vor Jahrzehnten Verstorbene geschickt wurden.

Die Maske ist zugleich ein Symbol des Unterwerfens und des Unterworfenseins, eine Sichtbarwerdung, eine Sichtbarmachung des Primats der Politik. Gerade deshalb wird aktuell auch so erbittert über den Zwang, sie zu tragen, gestritten: So, wie die Maskenpflicht für den Ausnahmezustand steht, würde ihr Wegfallen für sein Ende stehen. Damit wird der Maskenpflicht eine Aufmerksamkeit zu teil, die in keinem Verhältnis steht zu ihrer epidemiologischen Bedeutung.

Schulkindern in aufgeheizten Klassenzimmern weiter die Maske aufzuzwingen zeugt bei abstruzenden Inzidenzen von Drangsalierungslust – so, wie die scheinbar weise Rückführung des Zwangs an den Leviathan erinnert, der seine Untertanen für artige Betragen belohnt. In Berlin soll die Maskenpflicht unter freiem Himmel auf dem Alexanderplatz aufgehoben werden – aber nur von 0 bis 6 Uhr. Die obrigkeitstaatliche Attitüde, die hier durchscheint, wird in Zeiten, da schon mehr als die Hälfte der Bürger genesen oder zumindest schon einmal geimpft sind, mit jedem Tag unerträglicher.

Andererseits sollte auch nicht so getan werden, als sei das Masketragen eine grobe Menschenrechtsverletzung. Wer abends nicht vor die Tür darf, wer per Dekret faktisch ein Berufsverbot oktroyiert bekommt – der darf und soll klagen. Aber doch nicht, wer in einer rapselvollen U-Bahn oder Einkaufspassage dazu angehalten wird, sich ein Stückchen Stoff vor Mund und Nase zu binden. So sinnvoll eine zügige Lockerung der Maskenregeln vor allem in Schulen und im Freien erscheint, so klar ist doch, dass der Maskenzwang eher die letzte als die erste Übergriffigkeit sein sollte, die der Staat vollständig preisgibt.

Und wer weiß, vielleicht kann die Maske am Ende, nach der Ära der Verbote, ein weiteres Mal zum Symbol werden. Zum Symbol für jene, die auch ohne Zwang die Maske dort tragen, wo sie Dritte schützt, die nicht, noch nicht oder noch nicht richtig geimpft sind vor dem Virus. Dann wäre die Maske etwas ganz anderes: ein Nachweis von Zivilität, Rücksicht, Mündigkeit. Ein Statussymbol.

olaf.gerseman@welt.de